



SIEGFRIED LEHMANN
Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg

Siegfried Lehmann, MdL – Schubertstr. 3 – 78315 Radolfzell

An die Redaktion

bodenseeland
UNITED INNOVATIONS

78315 RADOLFZELL
Schubertstr. 3
Telefon: 07732 - 972443
Telefax: 07732 - 972444
siegfried.lehmann@web.de
www.siegfried-lehmann.de

Büro:
Charlotte Biskup
Floriana Krügel
Rheingasse 8
78462 Konstanz
Telefon: 07531 - 2842620
Telefax: 07531 - 2842621

Öffnungszeiten:
Mo. und Mi. 10-12Uhr
Di. 13-16, Do. 8-12Uhr

Konstanz, 07.05.2009

Pressemitteilung des MdL Lehmann: „Landesregierung schiebt Verantwortung in Sachen Atomendlager von sich!“

Mit einem Antrag an die Landesregierung forderte die Grüne Landtagsfraktion eine Sicherstellung der Berücksichtigung deutscher Interessen bei der Standortfestlegung eines atomaren Endlagers in der Schweiz. In Ihrer Antwort macht die Landesregierung deutlich, dass sie bisherige Regelungen des Bundesumweltministeriums für ausreichend hält und daher keinen eigenen Handlungsbedarf erkennen kann. Dies stößt beim Konstanzer Landtagsabgeordneten Siegfried Lehmann auf scharfe Kritik: „Wir halten einen Staatsvertrag zur einvernehmlichen Regelung im Konfliktfall und zur Wahrung der Interessen von Betroffenen auf deutscher Seite für ein notwendiges Instrument im weiteren Planungsprozess des atomaren Endlagers. Es irritiert schon sehr, dass die Landesregierung der Empfehlung ihrer hierfür eingesetzten Expertengruppe hier nicht folgen möchte!“ Die „Expertengruppe Schweizer Tiefenlager“ (ESchT) wurde vom Bundesumweltministerium eigens für die Begleitung deutscher Interessen im Planungsverfahren eingerichtet.

Drei der potenziellen Standortregionen, welche im Sachplanverfahren für ein atomares Tiefenlager in der Schweiz untersucht werden, liegen in direkter Nähe zur deutschen Grenze. In einem Antrag an die Landesregierung hatte die Grüne Landtagsfraktion daher gefordert, durch einen Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der Schweiz konsensorientierte Schlichtungsverfahren festzuschreiben, um bereits vorab für einen Konfliktfall abgesichert zu sein. „Wir halten es für

notwendig, bereits vor Eintreten eines Konflikts die Spielregeln festzuschreiben. Wenn es erst zu Uneinigkeiten gekommen ist, wird es schwer sein, im Nachhinein die Position Deutschlands im Verfahren nachzubessern!“, begründet Lehmann das Ansinnen der Grünen Fraktion.

Die eigens für die Begleitung deutscher Interessen eingerichtete Expertengruppe ESchT hatte in ihrer Stellungnahme zu den Beteiligungsmöglichkeiten deutscher Interessenvertreter darauf hingewiesen, dass eine rechtliche Absicherung deutscher Interessen bisher lediglich in Fragen ökologischer Auswirkungen sowie direkter Eingriffe auf deutschem Hoheitsgebiet gegeben ist. „Die Expertengruppe hat jedoch ganz deutlich darauf hingewiesen, dass hinsichtlich sozialer und ökonomischer grenzüberschreitender Auswirkungen keine rechtlichen Vorgaben existieren, auf welche wir uns stützen können“, macht Lehmann die Dringlichkeit einer staatlichen Regelung deutlich. „Gerade in einer Region, die wirtschaftlich so stark auf ihr intaktes Landschaftsbild angewiesen ist, halte ich es für unerlässlich, dass auch die Berücksichtigung ökonomischer und sozialer Aspekte abgesichert wird!“ Die Expertengruppe Schweizer Tiefenlager hatte daher in ihrer Stellungnahme die Absicherung durch einen Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz empfohlen.

Der Grüne Landtagsabgeordnete kann nicht nachvollziehen, weshalb sich die Landesregierung nun mit Verweis auf das Bundesumweltministerium zurücklehnt und die Empfehlung der Expertengruppe nicht nachkommen möchte. „Es hilft nichts, darauf zu verweisen, dass bisher die Regelungen des Bundesumweltministeriums ausreichend waren. Wir befinden uns in einem fortschreitenden Prozess, in dem nun eine realistische Einschätzung unserer Rechte und unserer Möglichkeiten erfolgen muss“, kritisiert Lehmann. „Die Landesregierung darf jetzt nicht den Kopf in den Sand stecken und so tun, als ginge diese Angelegenheit schon irgendwie vorüber!“